

„Geht am 24. auf jeden Fall wählen“

Direktkandidaten stellen sich Schülern der Walther-Lehmkuhl-Schule / Viele Fragen zu Bildung, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit



DER STELLVERTRETENDE SCHULLEITER HANS NEUWERK (VON LINKS) BEGRÜSSTE ASTRID DAMEROW (CDU), DR. BIRGIT MALECHA-NISSEN (SPD), SUSANNE ELBERT (GRÜNE), LORENZ GÖSTA BEUTIN (LINKE) UND MARTIN WOLF (FDP). KIERSTEIN

NEUMÜNSTER Knapp 300 Erstwähler haben sich am gestrigen Mittwoch in der Sporthalle der Walther-Lehmkuhl-Schule versammelt. Sie dürfen am 24. September zum ersten Mal ihr Kreuz setzen und damit den politischen Kurs der Bundesrepublik mitbestimmen.

Um die Schüler entsprechend zu informieren, hatten sich prominente Gäste angekündigt, die in einer Diskussionsrunde Rede und Antwort standen. Die Direktkandidaten für den Wahlkreis Plön/Neumünster von der Linken (Lorenz Gösta Beutin), der FDP (Martin Wolf), der SPD (Birgit Malecha-Nissen) und den Grünen (Susanne Elbert) saßen in der Sporthalle. Auch die stellvertretende Landesvorsitzende der CDU, Astrid Damerow, lernten die Schüler kennen.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl waren sich alle Kandidaten einig. „Geht auf jeden Fall wählen“, fasste es Beutin zusammen. Birgit Malecha-Nissen schränkte allerdings ein: „Wählt die demokratischen Parteien und haltet die AfD aus dem Bundestag heraus.“

Zu den Themen Bildung, soziale Gerechtigkeit und Ökologie durften die Kandidaten dann ihre Sicht schildern. Im Anschluss erhielten die Schüler die Möglichkeit, die Politiker detaillierter zu fragen. Erstaunlicherweise hatten die Schüler zu dem Themenschwerpunkt Bildung keine Fragen. Dabei hatten sich die Politiker bei der Frage, ob man das Kooperationsverbot abschaffen soll, viel Raum für kritische Fragen gelassen. Das Verbot besagt, dass der Bund sich nicht in die Bildungspolitik der Länder einmischen darf. „Auch deshalb haben wir 16 verschiedene Systeme“, sagte Wolf, der einen einheitlichen Bildungsstand anstrebt. Auch die Linke, die Grünen und die SPD wollen das Kooperationsverbot aufheben. Nur die CDU habe dabei „Bauchschmerzen“, wie Astrid Damerow ausführte.

Den Anwesenden waren Fragen rund um Mobilität deutlich wichtiger. Besonders der Dieselskandal hat bei ihnen Spuren hinterlassen. Die Politiker bestärkten einheitlich den Willen, eine Verkehrswende herbeizuführen. Dabei geht es nicht darum, Dieselfahrzeuge zu verbieten, sondern vor allem das Verkehrsaufkommen generell zu steuern. „Eine Möglichkeit wäre es, den öffentlichen Personennahverkehr kostenlos anzubieten“, sagte Birgit Malecha-Nissen. Damit würde das Verkehrsaufkommen in den Städten deutlich geringer werden. Wolf warnte davor, die Elektromobilität als „Lösung schlechthin“ anzusehen, denn der Strom käme noch immer aus Kohlekraftwerken.

Die soziale Gerechtigkeit trieb die Schüler ebenfalls um. „Es kann auch nicht angehen, dass in Neumünster jedes dritte Kind in Armut aufwächst“, betonte Beutin. „Alle Kinder müssen die gleichen Chancen haben“, ergänzte Birgit Malecha-Nissen.

Das bedingungslose Grundeinkommen wurde ebenfalls diskutiert. „Bei uns ist das kein Lieblingskind“, sagte Astrid Damerow. Die FDP und die Linken hingegen begrüßen die Feldstudie, die von der Landesregierung aktuell dazu angeregt wird. Am Ende der Veranstaltung konnten die Schüler einen Kleber an einem Aufsteller der Parteien anbringen. „Bei mir war das schon vorher die gleiche Partei. Die Diskussion hat mich darin bestärkt“, sagte Steven Ahnling. Unentschlossene konnten noch weitere Fragen stellen. *M. Kierstein*
